

„Radwechsel am fahrenden Wagen“

Reform des Sozialstaats beim Karlsruher Verfassungsgespräch gefordert

Karlsruhe. Die Karlsruher Stadtfarben vor dem Bundesverfassungsgericht (BVG) signalisierten, dass die „Residenz des Rechts“ und das höchste deutsche Gericht im Glaspalast am Karlsruher Schlossplatz wieder einmal gemeinsam am Werk waren: Sie hatten die Karlsruher Prominenz, aber auch interessierte Bürger zum Verfassungsgespräch 2005 eingeladen – am Vorabend des 23. Mai, dem Verfassungstag genannten Geburtstag des Grundgesetzes. Brisantes Thema: „Welche Zukunft hat unser Sozialstaat – oder wie viel Verantwortung hat der Staat für den Einzelnen?“

Dass der Sozialstaat „dringendst erholungsbedürftig“ sei, formulierte nicht nur Bernhard Scharek, der Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft und Chef der Karlsruher Versicherungsgruppe. „Wir wechseln die Räder am fahrenden Wagen“, erklärte Scharek zu den bereits eingeleiteten Reformen. Dabei beklagt er allerdings ein Kommunikationsproblem und Informationsdefizit.

Das brachte selbst den Moderator des Gesprächs, den WDR-Intendanten Fritz Pleitgen, auf die Palme: Die Medien seien voll von Informationen über die Probleme von der Gesundheitspolitik bis hin zu Hartz IV. Heinrich Tiemann, Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung, zeigte sich „sehr zufrieden“ darüber, dass heute nicht mehr über die Notwendigkeit von Reformen diskutiert werde, sondern – ohne gegenseitige Verdächtigungen – über das Wie. Ziemlich optimistisch gab sich auch Ruth Wetzelsstein, die Vizepräsidentin des Bundessozialgerichts. „Der Sozialstaat hat Zukunft“, prognostizierte sie. Die Rentenreform sei „in trockenen Tüchern“, die Reform der Arbeitslosenversicherung „auf den Weg gebracht“, die Probleme der Krankenversi-

cherung allerdings „harren noch der Lösung“. Reformbedarf sieht die Richterin auch noch bei der Pflegeversicherung, der „Erbsenversicherung“. Hier sollten die Erben zur Kasse gebeten werden, um die Allgemeinheit zu entlasten.

Reinhard Marx, der katholische Bischof von Trier, der Geburtsstadt von Karl Marx, betonte, dass das deutsche Sozialsystem „für fünf Millionen Arbeitslose nicht gebaut“ sei. Marx verwies auf die katholische Soziallehre und sieht neue Herausforderungen auch in der „mental Situation“, der Ausgrenzung der Arbeitslosen im Spannungsfeld von Individualismus und Solidarität.

Auch Manfred Kock, der frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), bezeichnete den Sozial-

staat als überholungsbedürftig. Die Gesellschaft als Ganzes sei nicht ärmer geworden, aber das Geld sei ungleichmäßig verteilt. Genau so wie der frühere bayerische Kultusminister Hans Maier trat Kock dafür ein, „Kapitalien“ (Einkünfte aus Kapital, Vermietung) stärker zur Finanzierung des Sozialstaates heranzuziehen. Maier verwies auf die „beängstigend schmaler werdende nachrückende Generation“ und kritisierte, dass die damit zusammenhängenden Probleme zu lange verdrängt worden seien.

BVG-Präsident Hans-Jürgen Papier hatte bereits bei der Begrüßung darauf hingewiesen, dass im Grundgesetz zwar beim Umwelt- und Tierschutz von einer „Verantwortung für die künftigen Generationen“ die Rede sei,

nicht aber beim Sozialstaatsprinzip, das durch eine „relative inhaltliche Unbestimmtheit und Offenheit“ gekennzeichnet sei.

Papier warnte davor, dass der Sozialstaat in eine Rolle gedrängt werden könnte, „in der er nur noch die sozialpolitischen Kollateralschäden der Ökonomisierung und Globalisierung verwaltet und halbwegs abmildert“. Papier betonte, dass der Sozialstaat keine Vollversicherung bieten könne und Überregulierung im Sozialbereich „lähmend, erstickend oder bevormundend wirken“ könne.

Zu Beginn der Veranstaltung, die von der Juristischen Studiengesellschaft, dem Forum für Ethik in Recht und Technik und der Internationalen Juristen-Kommission vorbereitet worden war, hatte der Karlsruher Oberbürgermeister Heinz Fenrich noch darüber nachgedacht, ob man beim fünften Verfassungsgespräch bereits von Tradition reden könne. Spätestens beim nächsten Termin 2006 werde man das aber können, bemerkte Pleitgen zum Abschluss.

Johannes Leclerque